

**Statt Arbeitsverweigerung und Krisenschauspielerei – NRW braucht endlich eine Landesregierung, die in der Krise handelt** (Plenarsitzung vom 07.05.2009)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Priggen. – Jetzt spricht der Abgeordnete Sagel.

*(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Der langjährige Chefökonom der Grünen!)*

**Rüdiger Sagel** (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Es ist immer wieder erstaunlich, wie sich die Regierungsfaktionen die Situation in Nordrhein-Westfalen schönreden. Sie nehmen die soziale Wirklichkeit, die in Nordrhein-Westfalen herrscht, überhaupt nicht zur Kenntnis.

Die Heuschreckenpartei FDP propagiert hier die steuerliche Entlastung der Leistungsträger. Was heißt das denn? Nach Ihrer Definition sind die Millionäre die Leistungsträger. Die wollen Sie entlasten, während die sozial Schwächeren zahlen sollen. Das ist die Realität. Genau das fordern Sie hier.

*(Christian Lindner [FDP]: Die sozial Schwächeren zahlen ohnehin nichts ein!)*

Was wir in Nordrhein-Westfalen erleben, ist die höchste Verschuldung aller Zeiten.

Sie reden von Konjunkturprogrammen, doch bisher ist noch kein einziger Euro in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen angekommen. Nicht nur, dass diese Konjunkturprogramme viel zu spät beschlossen worden sind – jetzt gibt es auch noch bürokratische Hemmnisse. Sie haben kürzlich erst 35 Stellen bei den Bezirksregierungen eingerichtet – alles Klientelpolitik übrigens –, damit die überhaupt erst einmal anfangen zu arbeiten. Das ist die Realität. Dass die Konjunkturprogramme wirken, davon kann überhaupt keine Rede sein.

Die Bundesrepublik steckt in der stärksten Rezession seit 80 Jahren. Die Prognosen gehen mittlerweile in Richtung eines Rückzugs von 7 %. Die Bundesrepublik steht damit vor der schwersten Krise. Es ist mittlerweile eine riesige Nachfragerücke von mindestens 75 Milliarden € entstanden. Das von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturprogramm ist mit einem Volumen von 25 Milliarden € pro Jahr viel zu gering, auch nicht zielgerichtet und vor allem zutiefst unsozial. Das ist auch die Realität, die man sich vor Augen führen muss.

Wir erleben, dass die Arbeitnehmer bei Opel nach wie vor um ihre Arbeitsplätze bangen und dass die gesamte Zulieferindustrie in einer tiefen Krise und Rezession steckt.

Wenn ich mir die Situation ansehe, kann ich nur feststellen: Wir brauchen natürlich eine

leistungsstarke produzierende Industrie; wir brauchen Investitionen in Dienstleistungen, Handwerk, Wissenschaft und Forschung; und wir brauchen vor allem eine ökologische und soziale Industriepolitik, auch hier in Nordrhein-Westfalen, denn das ist das wichtigste Industrieland.

Was wir aber im Moment erleben, ist ein System der Selbstrettung. Banker retten ihre Unternehmen mit Milliarden öffentlicher Gelder. Bei Herrn Ackermann haben wir gerade wieder erlebt: Die Deutsche Bank hat 11,2 Milliarden Subventionen in den USA erhalten. Jetzt stellt er sich hier hin und hat in Deutschland 1,2 Milliarden € Gewinn gemacht, den er natürlich wieder an seine Aktionäre ausschüttet. Und die Regierungsparteien wollen sich über die Wahl retten. Die Umverteilung von unten nach oben wird aber fortgesetzt, und die Banker können sich mit Millionen in den Ruhestand verabschieden. Das ist Ihre Politik, die Sie hier machen, das, was Sie weiterhin unterstützen. Für alles werden letztlich die Steuerzahler aufgekommen müssen, denn alles ist auf Pump finanziert.

Wenn man sich die Situation ansieht, kann man nur feststellen: Alles, was Sie machen, von völlig unsinniger Abwrack-Prämie – ein künstlich erzeugter Boom, der wahrscheinlich in Kürze wieder auf uns zurückfallen wird – bis zur Verlängerung der Kurzarbeit, sind kurzfristige Mittel, die letztlich nicht dauerhaft wirken und die vor allem nur dafür sorgen, dass die finanzielle Situation insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft schlechter wird.

Ich gehe davon aus, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen noch drastische Situationen erleben werden. Ich sehe auch die Notwendigkeit, dass vor allem sozialer Protest noch viel stärker in die Öffentlichkeit kommt. Denn eines ist klar: So, wie Sie es vorhaben, ist diese Krise nicht zu bewältigen. Sie haben die falschen Maßnahmen ergriffen, und letztlich werden wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, vor allem nach der Bundestagswahl im Herbst, dafür zahlen müssen. Denn was Sie hier machen, ist nur eine Politik, um sich über die Wahlen zu retten. Das ist die reale Situation.

*(Dietmar Brockes [FDP]: Das haben die in der DDR immer so gemacht!)*

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine Damen und Herren, für die Landesregierung spricht nun Ministerin Thoben.